

Bezugspreis:
 Vierteljahr 2.75 Mk., monatl. 2.25 Mk.
 freies Haus, portofrei, Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. **Postbezugs:**
 Vierteljahr 3.25 Mk., monatl. 2.75 Mk.
 für das Abonnement (für Deutschland
 u. Österreich-Ungarn 5.50 Mk., bei
 täglich einmaliger Zustellung 7.50 Mk.)
 Postbestellungen nehmen an: Dänemark,
 Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Einzelnummern in die
 Post-Zustellung-Briefkästen.
 Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich
 zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokratischer Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonntag, den 5. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
 Die achtgehaltene Kompositionzeile
 kostet 80 Bfg. „Kleine Anzeigen“,
 das ist gedruckt 40 Bfg. (zählend
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 20 Bfg. Stellenaussagen und
 Schlußzeilenanzeigen das erste Wort
 80 Bfg., jedes weitere Wort 16 Bfg.
 Worte über 16 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Feuerungsauflage 50%.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen
 80 Bfg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis
 6 Uhr abends.

Polizeipräsident Eichhorn abgesetzt.

Der preussische Minister des Innern hat, wie die „N. P. N.“ melden, die Entlassung des Polizeipräsidenten Eichhorn verfügt. Minister Eugen Ernst hat sich bereit erklärt, neben der Beibehaltung seiner bisherigen Funktionen auch die Leitung des Polizeipräsidentiums zu übernehmen.

Einem Vertreter der „Tel.-Union“ erklärte Polizeipräsident Eichhorn auf die Frage, ob er seines Amtes entbunden sei: „Wie Sie sehen, bin ich noch im Amte. Sie können nur mitteilen, daß ich mein Amt nicht niedergelegt habe.“

Die Lügner im Polizeipräsidentium.

Aussage eines Schwarzkopffschen Vertrauensmannes.

Der A- und S-Rat des Polizeipräsidentiums und die Leitung des Sicherheitsdienstes haben am Sonnabend eine Waffenzugabe abgehalten und als deren Ergebnis eine Erklärung abgegeben, in der die Herren Andersch und Roster nochmals die Bewaffnung der Schwarzkopffschen Arbeiter und sonstiger Zivilbevölkerung am 24. Dezember durch das Polizeipräsidentium bestritten und wiederum die Sache so hinzustellen suchten, als habe es sich nur um die Bewaffnung neu-eingestellter Mannschaften gehandelt, die noch nicht im Besitz von Ausweisen waren. Andersch und Roster haben die Stürze, die Berichte des „Vorwärts“ als „unverantwortliche Verleumdung“ und als „unglaubliche Gerüchte“ zu bezeichnen. Auch Herr Worlitzer beteiligte sich an der Ablehnungslampagne, ebenso der militärische Leiter Schulz. Dieser aber hat seinen Dienst erst um 1 Uhr nachmittags angetreten, während die Waffenzugabe an die Schwarzkopffschen Arbeiter nach unserer Feststellung bereits um 12 Uhr mittags erfolgt ist. Im übrigen erklärt Herr Schulz, „daß die Waffenzugabe am 24. Dezember ohne Wissen der Leitung des Sicherheitsdienstes erfolgt ist“, gibt also damit die Tatsache zu. Auch die Herren Gabel und Reich leugnen ab, was sie können, und behaupten, daß die Parole zur Einstellung der Arbeit von einer Neufälliger Versammlung ausgegangen sei.

Wir könnten den Herren eine ganze Reihe neuer Zeugenaussagen gegenüberstellen — von Personen, die sich im Laufe des Sonnabends auf unserer Redaktion gemeldet haben. Diese haben die Bewaffnung der Zivilisten, namentlich der Schwarzkopffschen Arbeiter im Polizeipräsidentium beobachtet, ihre Zeugenaussagen stimmen durchaus mit unseren Darstellungen überein und ergänzen diese vielfach noch in charakteristischer Weise. Wir nehmen aber davon Abstand, da die Herren im Polizeipräsidentium auch einem Dutzend Zeugenaussagen gegenüber bei ihrem stumpfsinnigen und verstockten Verhalten beharren würden, erklären hiermit die Herren Andersch, Roster und Worlitzer für dreiste Lügner und fordern sie auf, uns daraufhin zu verflagen.

Statt aller weiterer Aussagen teilen wir die eines Vertrauensmannes der Firma Schwarzkopf mit. Auf unserer Redaktion erschien am Sonnabend Georg Schmitt, der sich als Betriebsratsmitglied des Werkes Scheringstraße der Firma Schwarzkopf legitimierte, und überreichte uns folgende Erklärung:

Die Verächtlichung des Sicherheitsdienstes im „Vorwärts“ vom 3. Januar behauptet: „Eine Order zur Bewaffnung Schwarzkopffscher Arbeiter ist unter keinen Umständen von irgendeiner Stelle des Polizeipräsidentiums gegeben worden.“

Ich erkläre dieses für eine bewusste Lüge und fordere hiermit die Unterzeichner der Verächtlichung Worlitzer, Andersch und Reich öffentlich auf, den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß meine nachfolgenden Ausführungen auf Unwahrheit beruhen:

1. Am 24. Dezember vormittags 11 1/2 Uhr erhielt der Herr C. Mann des Werkes Scheringstraße den telefonischen Anruf von Werk Rinnowitzer Straße Arbeiterrat-Bureau: Es solle sofort in einer Betriebsratsversammlung Stellung genommen werden zu einem telefonischen Anruf des Polizeipräsidentiums, der dahin laute, sofort die Arbeiterschaft des Werkes nach dem Polizeipräsidentium zu beordern, um dort Waffen in Empfang zu nehmen. Wir haben in dieser Sitzung, in der es sehr erregt wurde, mit großer Mehrheit beschlossen, dem Ruf keine Folge zu leisten, solange wir nicht wissen, was hinter diesem Ruf steht. Die Sitzung dauerte bis 12 1/2 Uhr.

2. In der Betriebsratsversammlung beider Werke am 27. Dezember wurde dazu Stellung genommen. Es wurde uns erklärt, daß dieser Anruf tatsächlich von Seiten des Polizeipräsidentiums erfolgt ist. Um sich gegen den Anruf zu verflagen, ob dieser Anruf wirklich vom Polizeipräsidentium aus-

gegangen ist, habe man sofort ein Betriebsratsmitglied (hier kommt der Kollege Olmann oder Albrecht in Frage, beide Namen wurden in dieser Sitzung genannt) mit einem Kollegen des Werkes Rinnowitzer Straße nach dem Präsidium beordert. Diese beiden Kollegen sind zurückgekommen und haben erklärt, daß sie

den Genossen Eichhorn persönlich gesprochen

hätten. Dieser habe sie aufgefordert, sofort die Arbeiterschaft der Firma Schwarzkopf unauffällig, soweit sie militärisch ausgebildet sei, nach dem Präsidium zu beordern, um dort Waffen in Empfang zu nehmen. Eine große Zahl Arbeiter des Werkes Rinnowitzer Straße ist diesem Ruf gefolgt, hat im Polizeipräsidentium Waffen erhalten und ist nach Schloß und Marzall gezogen.

Weiter hat der politische Obmann des Werkes, namens Schling, in dieser Sitzung aufgefordert, daß die Kollegen, soweit sie im Polizeipräsidentium eine Waffe erhalten hätten, sofort Name und Adresse angeben sollten, — wörtlich — „damit die Waffen in unserm Besitz bleiben, wenn man von anderer Seite versuchen sollte, dieselben zu beschlagnahmen“.

Georg Schmitt, Betriebsratsmitglied
 des Werkes Scheringstraße, Firma Schwarzkopf.

Auf Befragen erklärte der Genosse Schmitt noch, daß der Arbeiterschaft der Betriebe von den Vorgängen in den Betriebsratsversammlungen so gut wie nichts bekannt wurde, weil von 33 Betriebsräten der Firma Schwarzkopf 32 A-Soz. oder Spartakisten sind und diese natürlich kein Interesse daran haben, die Intimitäten aus den Sitzungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Mehrere Betriebsräte haben sich aber gleichwohl bereit erklärt, die Richtigkeit der obigen Angaben zu bestätigen.

Mit dieser Erklärung sind die dreisten Lügner im Polizeipräsidentium entlarvt und bis auf die Knochen bloßgestellt. Es ist nunmehr sonnenklar erwiesen, daß die Fäden der gesamten Verchwörung gegen die Regierung bei keinem andern als Eichhorn zusammenliefen, dem Polizeipräsidenten von Berlin. Die Tatsachen reden eine solche Sprache, daß wir uns jedes weiteren Kommentars enthalten.

(Weitere Meldungen zum Falle Eichhorn auf der dritten Seite.)

Arbeit für die Arbeitslosen!

Mehr Brot für Deutschland und neue Existenzmöglichkeiten.

Beschleunigte Vorbereitungen im Gange.

Die fortschreitende Häufung der Arbeitslosen und die dringliche Notwendigkeit, Arbeit und dadurch Brot zu schaffen hat, wie wir aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren, die amtlichen Stellen zu allerhöchstem Eingreifen veranlaßt.

Es ist eine Stelle gegründet, die sich aus hervorragenden Praktikern der Arbeitslosenbeschäftigung und namhaften Sozialpolitikern und Kulturtechnikern zusammensetzt und von der aus mittelbar praktische Arbeit für die Massen von Beschäftigungslosen bereitgestellt und organisiert werden soll.

Man hat, da die zurzeit schon bereiten Notstandsarbeiten nicht genügen, und weil unsere erschöpfte Wirtschaftskraft nach erneuter Produktion — namentlich an Nahrungsmitteln — drängt, großzügige Kulturarbeiten im Sinne unseres Leitartikels von gestern nachmittag im Auge.

Unsere arbeitslosen Brüder sollen um jeden Preis vor dem Elend der früheren Auswanderer geschützt werden. Man will ihnen die Möglichkeit zu einem neuen, freien, schönen Leben, die unsere unglücklichen Auswanderer früherer Zeiten in fernem Ländern gesucht und größtenteils nicht gefunden haben, im eigenen Lande schaffen. Die Millionen Sektoranten, aber noch nicht erschlossenen Bodensollen dazu dienen. Ein großer Kolonisationswerk wird schnellstens vorbereitet.

Die Arbeiten sollen unter Mitwirkung der Arbeitslosen selbst organisiert werden. Sie sollen in freiem demokratischen Zusammenwirken ein Mitbestimmungsrecht im großen Stile erhalten. Die Form der Arbeiterräte in den Fabriken soll der Ausgangspunkt für die Organisation des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitslosen sein.

Weichsel und Rhein.

Von Friedrich Stampfer.

Der Weltsozialismus schreitet nach neuem Krieg. Er will eine Entscheidungsschlacht gegen die alte Welt am Rhein schlagen. Diebsteht, Antimilitarist von gestern, droht dem Ententefernd mit der „eisernen Faust“. Agenten reisen geschäftig herüber hinüber, die augenblickliche Förderung der staatlichen Ordnung erleichtert ihr Treiben und erwidert den Ueberblick über ihre Tätigkeit. Innerhalb ist soviel deutlich, daß die neue Kriegspartei Deutschlands, die die Alldeutschen in ihrer Rolle abgelöst hat, die Spartakusgruppe, mit großzügiger Phantasie und ohne moralische Bedenken arbeitet und daß sie vor der Annahme russischer Staatsgelder zur Entzündung des Bürgerkriegs in Deutschland und des neuen Weltkriegs nicht zurückbleibt. Sie rechnet offensichtlich darauf, im Kampf gegen ihre friedlicher gesinnten Volksgenossen von Rußland nicht nur mit Geld und Waffen wie bisher, sondern auch mit Armeen unterstützt zu werden. Riga, Wilna sind Stappen des russischen Vormarsches, das Ziel ist Ostpreußen und weiter Berlin. Gelänge es dem Spartakusbund, in Berlin die Regierung an sich zu reißen, die Schienenwege des Ostens in seine Gewalt zu bringen und die deutschen Soldaten zum Fraternalisieren mit den Russen zu bewegen, so würde, was uns heute als kühnste Phantasie erscheint, morgen greifbare Wirklichkeit, die Russen ständen nächstens in Berlin, und das geschichtliche Schauspiel von 1813 könnte seine Wiederholung finden — freilich, wie jede kühnste Abschätzung der Kräfte alsbald zeigt, mit dem entgegengesetzten Ergebnis.

Der Sozialismus stützt sich auf die „rote Armee“ als sein militärisches Machtmittel. Die „rote Armee“ Rußlands ist seine einzige positive Leistung. Rußland, das unter der Fahne des Weltfriedens in die Revolution zog, ist heute eine asiatische Militärdespotie mit sozialistischen Emblemen notdürftig ausgepugnt. Sankt und Wandel liegen daneben, das Volk hungert, aber die Vorräte reichen noch immer, um die Soldaten ernähren zu können, deren die gegenwärtigen Herrscher Rußlands zur Durchföhrung ihrer Machtpolitik nach innen und außen bedürfen. Die Industrie, soweit sie noch existiert, arbeitet wieder Kriegsbedarf. Ob sie leistungsfähig genug ist, um die Ansprüche einer modernen Armee befriedigen zu können, ob Führung und Organisation der roten Armee, die bisher nur in Pseudenkämpfen erprobt ist, den Forderungen einer Kriegsföhrung großen Stils gewachsen sind, muß stark bezweifelt werden. Innerhalb, in Rußland gibt es wieder so etwas wie eine militärische Organisation.

Wie stehen aber die Dinge in Deutschland? Die russische Politik arbeitet hier zunächst an der restlosen Zerstörung des Bestehenden, erst aus der vollen Auflösung soll sich die neue Organisation bilden. Der neue Krieg würde also in einem Augenblick ausbrechen, wo das deutsche Volk seinem Gegner völlig wehrlos gegenübersteht.

Darum rechnet die russische Politik weniger mit ihren militärischen Machtmitteln als mit der revolutionierenden Wirkung, die sie auch im Ententelager ausüben zu können hofft. Die bolschewistische Weltrevolution ist die letzte Karte, auf die sie alles setzt. Auch die Kriegerführung der alten Machthaber hat bekanntlich ähnliche Mittel nicht verächtet, das kriegerische Deutschland hat für die Revolution in Rußland, die kriegerische Entente für die Revolution in Deutschland gearbeitet. Nur war damals die Kriegerführung das Machtmittel, die Revolutionierung ein Hilfsmittel, während es jetzt nach den russischen Plänen umgekehrt sein soll.

Träumt man im Osten von der Entente die Schlacht am Rhein, so rückt sie vom Westen die Weichsel immer mehr in den Mittelpunkt militärischer Betrachtungen. Dabei ist es merkwürdig, daß man auf beiden Seiten mit Deutschland als einem möglichen Bundesgenossen rechnet und es als Mittel für die eigenen Kraftproben zu gebrauchen denkt. Auf beiden Seiten aber ist das Machtmittel so faul, daß man Deutschland eigentlich nicht für die Bundesgenossenschaft gewinnen, sondern in die vollständige Hindernislinie macht. Das deutsche Volk ist in Gefahr, an einem Hilfsbündel für fremde Pläne herabzusinken!

Rußland will die deutsche Regierung mit Hilfe seiner deutschen Handlanger gewaltsam stürzen. Deutschland seine Regierungsform aufzuheben, seine Industrie verfallen, Hunger und Krieg über sein Volk bringen, um dann mit ihm an den Rhein marschieren.

Die Entente möchte sich an der Zerstörung der deutschen Hilfe bedienen, hält aber die Hungerblutade aufrecht, stört

1900

16 große Versammlungen.

Kranke Festfälle, Badstr. 18/19.
Stadttheater Alt-Moabit, Alt-Moabit 47/48.
Vollständ. Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Theater am Kottbusser Thor, Kottbusser Damm 6
Prachtfälle Alt-Berlin, Blumenstr. 10.
Kind-Ausverkauf, Neukölln, Hermannstr. 215.
Hula der Schule Belziger Str. 48/53.
Hula der Schule Barbarossaplatz.

Thema:

Rebner:

Dittmer. H. Fischer. Frank. Fröhlich. Heilmann. Heumann. Heller. Hübner. Kohn. Krüger.
Mirus. Pfannkuch. Poetsch. Ridelt. Ritter. R. Schmidt.

Nr. Z. 2435/19.
Ruhn, Borßigender.

Vermietungen.

London, Mass. State, and
London, and Baltimore, Md.

08-10-1977

London, Mass. State, and
London, and Baltimore, Md.

08-10-1977

unterbinden. Während die von Berehaven auslaufenden Schiffe sich aufschickten, auf britische Kauffahrer und Dampfer Jagd zu machen, dampfte das zweite aus 21 erstklassigen Kreuzern, 3 zweiklassigen Kreuzern und 14 Zerstörern bestehende feindliche Geschwader unter Admiral Louis Baltenberg am Dienstag in der Nähe von seinem schottischen Stützpunkt bei Queensberry an und in aller Eile in südlicher Richtung, forcierte die Meerenge von Dover, ohne von der viel stärkeren roten Flotte unter Admiral Sir Arthur Wilson aufgehalten zu werden, und entkam dank der größeren Schnelligkeit der Schiffe nach den Kanalinseln, von denen Alderney und Guernsey fortan als Stützpunkte für die Angriffe auf die Häfen der Südküste Englands dienten. Diese Flotte führte dann die Angriffe auf Plymouth, Portsmouth und Sheerness aus, von denen der Draht Jukon ausfälliger gemeldet hat. Diese Angriffe durch Torpedoboote fanden am Freitag in der Nähe statt; zu gleicher Zeit erschienen blaue Fahrzeuge vor Gibraltar und unternahm auf die dortigen Docks und Wellenbrecher Angriffe, die nach der Behauptung der Angreifer teilweise von Erfolg gekrönt wurden. Jedenfalls gelang es einigen Kompanien leichter Infanterie, den Wellenbrecher von Gibraltar zu besetzen. Die Angriffe auf die drei britischen Häfen wurden zurückgeschlagen. Doch behaupten die Angreifer, den Sperren vor der engen Mündung des Hafens von Portsmouth durchsägt zu haben, sobald einige Zerstörer in den Innenhafen eindringen. Das mag richtig sein, doch sind diese feindlichen Fahrzeuge der britischen Flotte in die Hände gefallen. Der Angriff auf Plymouth wurde am Sonnabend erneuert. Zu gleicher Zeit fand in der Meerenge von Dover ein Treffen zwischen Schiffen beider Flotten statt; wenigstens wurde Geschützdonner in Dover gehört. Auf Dover selbst wurde kein Angriff gemacht. Unmittelbar nach dem Angriff auf Gibraltar, der die erste feindliche Handlung verstellte, wurde die in den Südhäfen Englands liegende Reserveflotte mobil gemacht. Sie soll schon eine Stunde nach Eintreffen der Drahtmeldung aus Gibraltar fertig gewesen sein, um in See zu stechen, und hat auch unter dem Admiral Adair von Sheerness aus an der Verfolgung der blauen Flotte teilgenommen, als diese beim Verlassen der britischen Abwehrmacht zurückwich. Kleinere Unfälle sind vorgekommen; einige Torpedoboote stießen zusammen, eines strandete und bei zwei größeren Kriegsschiffen wurden Maschinenschäden entdeckt, die aber reich ausgebeßert werden konnten. Das Ergebnis der bisherigen Manöver wird als höchst befriedigend bezeichnet. Die taktischen Manöver dieser Woche sind von der Art, wie sie alljährlich stattfinden. Am 23. d. M. beginnen dann die großen Manöver, an denen sämtliche auf dem Gibraltar zerstreuten Kriegsschiffe zum Schutz der britischen Kauffahrer teilnehmen werden.

London, 20. Juni. Unterhaus. Der Liberale Stuart Samuel fragt an, ob der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey, bevor irgendwelche Schritte unternommen werden, um die Freundschaftsbündnisse zwischen England und Rußland enger zu knüpfen, gewillt sei, die russische Regierung über die Absichten zu unterrichten, die das britische Volk über die Judenmexeketen begl. In Vertretung des Staatssekretärs erwidert Parlamentsuntersekretär Walter Runciman, der Eindruck, der durch die Aufstrebungen und den Verlust an Menschenleben hervorgerufen, und die Sympathie, die nicht nur in England, sondern überall für die Betroffenen geweckt worden ist, sind der russischen Regierung wohl bekannt; es sind dies keine Angelegenheiten, bezüglich deren eine offizielle diplomatische Kommunikation üblich und wünschenswert ist.

Dänemark.

Das Ergebnis der dänischen Wahlen.

Von dänischer Seite wird und geschrieben: Zur weiteren drei Jahre ist die Stellung des Ministeriums Christensen gesichert, da es, wenn ihm auch die absolute Mehrheit im Folkething abgeht, mit Hilfe der Rechten weiter regieren wird. Bis jetzt hätte sich das Ministerium auf 59 Mitglieder der Reformpartei, nun ist die Zahl auf 56 gesunken. Das bleibt aber ohne wirklichen Einfluß, denn ihr bitterster Feind, die radikale Linke, hat im Lande nirgends Wehr gefunden, während die Sozialdemokraten allerdings acht Sitze gewonnen haben. Sicherer als je fühlt sich der Premierminister, der eine Zeit lang im Sattel schwankte, da er nun in schwierigen Fällen auf die Rechte und die gemäßigte Linke rechnen kann und gegen sich allein die vereinigten Sozialdemokraten und Radikalen (33) hat.

Unter diesen Umständen kann man annehmen, daß die Bauern für immer den Kern des Folkthings bilden werden, wie es ihnen auch zukommt, weil das Land ganz wie Norwegen, ein Bauernland ist, das freilich Kopenhagen eben ausgenommen, was aber angeht die wachsende Zahl der Arbeiter mehr und mehr den Sozialdemokraten in die Hände fallen wird. Andererseits hat die radikale Linke, die von unpraktischen Reuten geführt wird, abgewirtschaftet, und zwar vor allem, weil ihr Anführer fehlte. Ihr bisheriger Moniteur „Politiken“ hat sich zu einem Sensationsblatt entsetzt und hat dadurch sein Ansehen bei dem gebildeten Mittelstand und damit seinen Einfluß eingebüßt. Die Partei hat aber auch deshalb schlecht abgeschnitten, weil ihr Programm auf die Hauptstadt zugeschnitten war. Auf dem Lande haben die Leute eben keinen Sinn für soziale Verbesserungen! Die inneren Reformen werden nun wie in den Tagen der Rechten behandelt werden, und der Unterschied ist nur der, daß das Ministerium jetzt für sich die Bezeichnung der Linken in Anspruch nimmt, obwohl kein einziger der Minister wirklich freisinnig oder freidenklich ist. Unter den Mitgliedern ragt allerdings der Premierminister weit empor. Er ist ein von seinem Verstand ganz erfüllter Mann, der von großen Gedanken bewegt wird, dessen Wirken aber deshalb der Erfolg fehlt, weil ihm zwar die Fähigkeit zum Widerstand nicht abgeht, aber die Energie zum Handeln fehlt.

Jetzt weiß man ganz genau, daß die provisorisch gebaute Feste um Kopenhagen stückweise erneuert werden wird, und daß die Entwicklung der militärischen Macht, wenn auch innerhalb bestimmter Grenzen, zur Ausführung kommen wird, nicht weil die Regierung die Notwendigkeit dieser Maßnahmen einsieht, sondern weil die Rechte es will und auch Männer anderer Parteien in dieser Weise ihren nationalen Gefühlen Ausdruck zu verleihen wünschen.

Das einzige, das einen am Ministerium Christensen beunruhigen könnte, ist dessen völliges Unvermögen, Stellung zu auswärtigen Fragen zu nehmen. Deshalb ist auch nicht daran zu denken, daß es dem Minister, des Auswärtigen Amtes, dem Grafen Raben mit den 19 Schloßern gelingen wird, die norddeutsche Olyantfrage zu ordnen, wenn auch Herr Jessen aus Helsingborg davon träumt und spricht. Es gehört sehr viel Beschränktheit dazu, nicht einzusehen, daß für die sogenannte nationale Frage das Verbleiben des jetzigen dänischen Ministeriums der Todesstoß ist. Die Bauern sind des aufsteigenden politischen Kampfes müde, die jetzigen Führer genügen ihnen, und diesen persönlich kommt es allein darauf an, die Macht zu behalten. Die Mitglieder des Ministeriums wissen ganz, daß sie sich in diplomatischen Kunststücken nicht versteigen dürfen, da sie weder von den Kunstgriffen der Diplomatie etwas verstehen noch die Geschichte kennen. Ihre Größe liegt wo anders. Sie kennen die Bauern und die Wege, auf denen deren Vertrauen erworben werden kann. Und das verleiht ihnen eine nicht zu unterschätzende Stärke.

Aus Kopenhagen wird über denselben Gegenstand geschrieben: Die Neuwahlen zum Folkething scheinen auf die politische Lage im Lande einen Einfluß gewinnen zu lassen, weil sie auch das Parteienverhältnis der Parteien im Parlament wesentlich unberührt lassen. Zwar verlor die Regierungspartei, wie vorausgesetzt, die absolute Majorität im Folkething, indem sich die Zahl der Mitglieder der Fraktion von 59 auf 56 erniedrigte und also nicht mehr die Hälfte der vorhandenen 114 Abgeordneten ausmachte. Aber keine andere Partei hat auch nur halb so viele Sitze gewonnen, und die Regierung wird für ihre Politik immer noch leicht eine Majorität erreichen, allein schon mit Hilfe einiger weniger Stimmen von Seiten der 3 Widen oder 9 Gemäßigten. Die weitaus beste Wahl hatte die sozialdemokratische Partei, die die Zahl ihrer Abgeordneten im Folkething um 6 vermehrte und so auf 24 brachte. Die radikale Linke dagegen schied wider Erwarten scheidet ab; sie rettete von

ihren 18 Kreisen nur 9. Bemerkenswert ist außerdem, daß die Rechte zwei neue Kreise eroberte, sodaß sie nur 13 Abgeordnete zählt.

Norwegen.

Christiania, 17. Juni. (Fig. Ber.) Das Storting, das gestern seine Sitzungen schloß, war das letzte der diesjährigen Periode und eine der denkwürdigsten Norwegens. In der Geschichte des Landes wird dieses Storting, das den Unionskönig vor die Tür setzte, für immer verzeichnet bleiben. Der Präsident Thorne unterließ beim Scheiden nicht, darauf hinzuweisen, daß es dem letzten Storting vergönnt war, das bedeutungsvolle Werk, das im Jahre 1814 in Eidsvoll begonnen wurde, zu vollenden, man habe dem norwegischen Volk ein freies und völlig selbstständiges Vaterland gegeben. In letzter Stunde hatte das Ministerium Michelsen noch einige wichtige Entwürfe zu Verfassungsänderungen eingebracht, deren Beratung eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Stortings bilden wird. Der eine Vorschlag bewirkt, dem König das Recht zur Auflösung des Stortings zu geben. Es können Fälle eintreten, wo es wünschenswert ist, an die Wähler zu appellieren. Die gegenwärtige Verfassung kennt kein Auflösungsrecht. Der andere Vorschlag will den aktiven Ministern die Möglichkeit verschaffen, ein Storting gewählt zu werden. Damit soll erreicht werden, daß tüchtige Politiker, wenn sie vom Ministerposten zurücktreten, nicht längere Zeit außerhalb des politischen Lebens bleiben müssen. Soweit sich ersehen läßt, werden, wie im letzten Storting, so auch in dem bevorstehenden Wahlkampf der gemäßigten Kräfte der ehemaligen Radikalen und die Konservativen aufzunehmen.

Christiania, 17. Juni. (Fig. Ber.) Zur Beschaffung von Kronungsgeschenken für das norwegische Königspaar sind nicht bloß in Norwegen, sondern auch in Dänemark, England und Schottland Volksversammlungen veranstaltet worden. Norwegen brachte mit Not und Mühe so viel Geld zusammen, daß an Stelle der geplanten Jagd nur ein hölzernes Aufgebäude gespendet werden kann. Die Schotten senden als „Votsgabe“ eine silberne Vase. In England reichen die Mittel nur zu einem silbernen Service, und das dies den Engländern selbst nicht sehr imponierend dünkt, erläßt das Sammelkomitee in zwölfter Stunde einen neuen Aufruf. Dänemarks Votsgabe besteht in fünf Elmgeldern und 125 silbernen Tellern. Unter den Elmgeldern, vorzüglichsten dänischen Arbeiten, ist das bedeutendste G. Christensen's Hebelandtschaft. Peter Mønsted ist mit einer feierlichen Krönungslandschaft vertreten. Vorher malte ein Marinebild, ein im Kattegat gegen den Wind dampfendes dänisches Geschwader. Ein kleines Aquarell von Soga-Jensen zeigt die in der Nähe des Kopenhagener Freihefens liegende englische Kirche, und W. H. Krusen gibt auf seinem Gemälde die Abreise des „Dannebrog“ mit dem norwegischen Königspaar an Bord wieder.

Rußland.

Die Wegeleien von Bjelelost.

Der Hilfsverein der deutschen Juden erhält folgendes Telegramm von der russischen Grenze:

Grasowo, 20. Juni, 8 Uhr abends. Die Untersekretär der Dumaabgeordneten, die mit größter Entschiedenheit und in bestmöglicher Weise geführt wird, erstreckt sich auf folgende Punkte: 1) Untersekretär über die Herkunft der Hooligans. Wer ließ sie nach Bjelelost kommen, wer zahlte Transportkosten, wer besorgte Beköstigung und Wohnung? 2) Wer gab Soldaten Befehl zum Einschreiten, zur Verteilung von Munition, selbst Frage für Kassen und Postkassen? 3) Durch welche Vermittlung wurden Hooligans die jüdischen Geschäfte und Wohnhäuser und solche der Christen und Ausländer ganz genau zur Kenntnis gebracht? 4) Durch wen wurden christliche Bedienstete der Juden rechtzeitig veranlaßt, ihre Stellen wegen Gefahr für Leib und Leben zu verlassen? 5) Wer ist Urheber des Befehls, zu morben und zu rauben in Bjelelost, und von wem und woher erhielt er Befehl von anwärts? Auf Grund welcher Befehle haben Soldaten, Kassen und Polizisten nicht nur Hooligans gegen jeden Angriff geschützt, sondern sie zum Morben und Rauben befähigt? 6) In welchen Händen befindet sich in diesem Augenblick der mörderische Befehl, für das Massaker? 7) Welche Soldatenabteilung, welche Polizisten und Hooligans nahmen an Mordtaten teil? 8) Was taten während der Mordtaten die Ober- und Unterbefehlshaber der Truppen und der Gendarmerie? 9) Woher erhielten die einzelnen Truppenteile ihre Instruktionen? 10) Zahl der demolierten oder geplünderten Geschäfte und Wohnungen? 11) Wie hoch ist der Vermögensschaden? 12) Wieviel Menschen fielen? 13) Wieviel Vermundete, wieviel Krüppel, wieviel Geschädigte? 14) Zahl der Obdachlosen und Waisen? 15) Ist Befehl zur Verhaftung von Räubern, Mördern, Dieben gegeben? 16) Ist für die Rückerstattung der geraubten Güter gesorgt worden? 17) Wer hat hierfür die Befehle gegeben? 18) Sind Mörder und Diebe bereits festgenommen? 19) Welche Wahregeln sind zur Verhütung weiterer Katastrophen getroffen?

Da feststeht, daß die Katastrophe in Bjelelost in allen Einzelheiten genau übereinstimmt mit allen früheren Katastrophen, da feststeht, daß keine lokale Wachsamkeit genügt hatte, derartige Katastrophen nicht nur herbeizuführen, sondern auch jede Bestrafung zu verhindern, so ist es Pflicht der Duma, den mit ungeheuren Mitteln auszustatteten Urheber aller jener Verbrechen von Bjelelost bis Bjelelost zu entlarven und der Bestrafung entgegen zu führen.

Kerner geht dem Hilfsverein der deutschen Juden aus Bjelelost folgender Notiz aus: Bjelelost, 20. Juni, 5 Uhr nachmittags. Die Judenmexeketen, die am Donnerstag begannen und erst am Sonnabend endeten, waren von beispielloser Grausamkeit, mehr als achtzig Tote sind bereits beerdigt, und viele Verwundeten barren noch der Beistattung. Aber 200 Schwerverwundete. Not unendlich groß, sofortige Hilfe dringend nötig.

Die revolutionäre Versammlung von Terijoki.

Petersburg, 18. Juni. (Fig. Ber.) Gestern, Sonntag, den 17. Juni, fand, wie bereits gemeldet, in dem benachbarten, auf finnischem Boden gelegenen Orte Terijoki eine große Massenversammlung russischer und finnischer Sozialisten und sonstiger Revolutionäre statt. Tagelang zuvor war diese Versammlung Gegenstand lebhafter Erörterungen. Es ließ sie wurde von einschneidender Bedeutung werden, für das weitere Verhalten der Sozialisten einzeln, und der parlamentarischen Arbeitsgruppe andererseits. Die Erwartungen haben sich als bedeutend zu hoch gespannt erwiesen, unmittelbare Folgen dürfte die Versammlung kaum haben, wenigstens nicht im gedachten Sinne. Immerhin erweckte der Verlauf erhebliches Interesse, da sich in den Reden das Verhalten der sozialistischen Parteien gegenüber der parlamentarischen Arbeitsgruppe klar widerspiegelte. Die von den Sozialisten ausgesprochenen Urteile waren so wenig schmeichelt, daß ein großer Teil der Führer der Arbeitsgruppe, mit dem Vorsitzenden der Versammlung an der Spitze, die Flucht ergriff, und nach der Pause durch ihre Abwesenheit glänzte.

Gegen 10 Uhr morgens setzte sich der überfüllte Zug von Petersburg auf den Weg. Es schien, als habe das schwache Wetter ganz Petersburg auf den finländischen Bahnhof gelockt. Alle Wagen waren von sonntäglich gepuderten Menschen gefüllt, die aus der heißen Stadt aus dem Land hinaus strebten. Im Gedränge tauchte die eine und die andere bekannte Gestalt auf: Dumaabgeordnete oder Kollegen von der Rechten. Mit Mühe eroberte ich mir ein Plätzchen auf einem Treppchen, das mir die Möglichkeit bot, die andershalbstündige Fahrt, wenn auch nicht bequem, so doch wenigstens sitzend zu machen.

Endlich hielt der Zug in Terijoki. Hinter dem Zaun, der die Landstraße vom Bahngelände schied, reichten rote Fahnen an langen Stöcken und von dort her ertönte als Gruß auch die Klänge der Arbeitermarchen. Nach langer Beratung wurde beschlossen, den Zug aus Finland nicht abzuwarten, sondern sich sofort auf den Versammlungsort zu begeben. Vorwärts ging es in geschlossenen Reihen, Arm in Arm zu sechsen, die Hände voran, unter Führung der Marschkapelle, der Internationale und des finnischen revolutionären Lied-Repertoires. Aus den umliegenden Gemeindefürsamen die Einwohner heraus und betrachteten die Prozession mit

Neugier und auch einer gewissen Anglichkeit. Eine ältere Dame gab nach längerem Schweigen ihren Gefühlen mit den Worten Ausdruck: „In die Peter Pauls-Festung müßtet Ihr alle!“

Endlich gelangten wir in den Park, wo die Versammlung abgehalten werden sollte. Vor einem aus Brettern leicht zusammengefügten Paravon, der zur Aufnahme einer Musikkapelle bestimmt sein mag, machte die Prozession Halt. Die Fahnen wurden am Dach befestigt, wobei ein kleiner Zwischenfall allgemeine Heiterkeit erweckte. Die Fahne mit der Aufschrift „Amnestie“ war ungeschickt befestigt worden, so daß die Aufschrift nicht zu lesen war. Als ein „Genosse“ den Fehler gut machen wollte, wurde ihm unter allgemeinen Gelächter zugerufen: „Nah nur sein, wir werden ja die Amnestie doch nicht zu sehen bekommen!“

Auf Antrag der Arbeitsgruppe wurde der Abgeordnete Schillin zum Vorsitzenden gewählt, die Abgeordneten Bondyren und Aulitz zu Beisitzern, und nun begann der Redestrom. Auf die einzelnen Reden näher einzugehen, hat keinen Zweck; sie boten im allgemeinen eine Wiederholung der Ausführungen, die man auf allen sozialistischen Versammlungen hören kann. Zu Beginn der Versammlung hatte die Arbeitsgruppe die Führung, doch sehr bald übertrug sich die Lage. Die sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Redner warfen der Arbeitsgruppe in schroffen Worten Mangel an Energie und Bereitwilligkeit zu Kompromissen vor. Die Führer der Arbeitsgruppe und besonders Madjinn bekamen sehr unangenehme Dinge zu hören. Man erklärte ihnen, daß sie wegen ihres Verhältnisses gegenüber den Radikalen von den Sozialisten mißtrauisch beobachtet werden und auf Unterstützung nur dann rechnen könnten, wenn sie dem sozialistischen Programm unbedingt treu blieben.

Um 2 Uhr wurde eine Pause gemacht. Ein Teil der Anwesenden lagerte sich im Gras und machte sich an die mitgebrachten Schwaren. Da wir nicht so vorsorglich gewesen waren, begaben wir uns in den etwa hundert Schritte entfernten Kurpark von Terijoki. Welch anderes Bild auf einmal! An den Tischen auf der Terrasse labte sich eine heitere, plaudernde, lebensfrohe Menge; in dem wohlgepflegten Garten spielte eine Musikkapelle ihre Weisen. Weiter am Strande bei den Badefablen herrschte reges Leben. Herren und Damen in Badefestkleidern suchten im kühlen Wasser Zerstreuung vor der Sonnenhitze. Und bis zum Horizont dehnte sich die tiefgelbte Fläche des finnischen Meerbusens aus, der heute ausnahmsweise nicht grau war, sondern den blauen Himmel widerspiegelte.

Doch siehe da, wir sind nicht die Einzigen, die trotz der eben vernommenen Reden die Wohltaten der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung zu schätzen wissen. Alsbald erschien nämlich auch der Vorsitzende der revolutionären Versammlung mit einer Dame am Arm, die mit dem Dorfe nichts gemein hatte, als vielleicht ihre Herkunft. Die beiden ließen sich an einem Tisch nieder, und es muß ihnen da sehr gut gefallen haben, denn in der Versammlung im Park habe ich sie nur noch ganz am Schluß wiedergegesehen. Nach der Pause kehrte sich die Versammlung noch mehr durch das Eingehen von Vertretern der finnischen Roten Garde, mit ihrem Kapitän Kock an der Spitze. In den Reden wurde die Verbrüderung der finnischen und russischen Sozialisten gefeiert, die russischen Redner verherrlichten den mutigen Kampf des kleinen Volkes gegen die Willkür, aber bei alledem wurde die Versammlung immer spärlicher, und zum Schluß bildeten die Villenbewohner von Terijoki die Mehrzahl, denen die heutigen Reden der Umstürzler einen ganz interessanten Zeitvertreib boten. Um 8 Uhr abends wurde die Versammlung offiziell geschlossen und die Teilnehmer strömten wieder dem Bahnhof zu.

Ich konnte mich nicht enthalten, Herrn Schillin gegenüber zu äußern, daß ich vom heutigen Tage etwas anderes erwartet hatte, als die gewöhnlichen sozialistischen Programmreden, die ich auch in Petersburg zur Genüge hören konnte. Herr Schillin gab zu, daß die Versammlung nicht ganz glücklich sei, stellte jedoch in Abrede, daß die Arbeitsgruppe eine moralische Niederlage erlitten habe. Er meinte, freundschaftliche Kritik, wenn sie auch in schroffer Form ausgeübt würde, sei anzuerkennen; die Arbeitsgruppe werde jedenfalls Notizen daraus ziehen. Das mag vielleicht wahr sein, dennoch glaube ich nicht, daß die Führer der Arbeitsgruppe von dem Verlauf der Debatten sonderlich erbaut gewesen sind. Es blieb aber nichts übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen, was Herr Schillin denn auch tat.

Griechenland.

Athen, 11. Juni. (Fig. Ber.) Die griechische Regierung hat vor einigen Tagen an die Völkervertreter ein Weisbuch über den griechisch-rumänischen Konflikt verteilt. Es enthält Schriftstücke, die seit Ende Juni 1905 bis Mitte Mai d. J. zwischen dem griechischen Ministerium des Auswärtigen (zuerst unter Leitung von Rallis, dann unter Skouzes) und den diplomatischen Vertretern Griechenlands in den europäischen Hauptstädten gewechselt wurden, sowie auch einige Zuschriften der rumänischen Regierungen. Aber die Bemühungen der griechischen Regierung, die österreichische Vermittlung zu gewinnen, und über die Verhandlungen mit Rußland, damit dieses nach dem endgültigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen den Schutz der griechischen Untertanen in Rumänien übernehme, ist in dem Weisbuch jedoch nichts zu finden. Aus den vorgelegten Aktenstücken gewinnt man den Eindruck, daß die griechische Regierung bemüht gewesen ist, dem schon länger als ein Jahr bestehenden Streit ein Ende zu machen, daß aber jede Veröhnung an den Forderungen der Rumänen scheiterten, die dahin gingen, daß die griechische Regierung die Bildung von Freischaren in Griechenland und ihren Übertritt nach Makedonien verbiete und ihren Einfluß auf den ökonomischen Patriarchen geltend mache, damit dieser höhere rumänische Würdeträger in den makedonischen Provinzen ernenne. Hinsichtlich des ersten Punktes betont die griechische Regierung, daß die griechisch-makedonischen Freischaren nur den Zweck verfolgten, den bulgarischen Übergriffen in Makedonien, die besonders gegen die griechische Bevölkerung gerichtet sind, zu begegnen und wenn sich die Freischärler bisweilen gegen die rumänische Propaganda gewendet hätten, so seien sie durch das gemeinsame Vorgehen von Rumänen und Bulgaren dazu veranlaßt worden. Was das ökonomische Patriarchat betreffe, so sei niemand berechtigt, in die ihm von der türkischen Regierung gewährten Privilegien einzugreifen. Es sei daher der griechischen Regierung unmöglich, ihren Einfluß bei dem Patriarchen in Fragen geltend zu machen, deren Lösung diesem allein zustehe. An dieser Auffassung hält die griechische Regierung auch heute noch fest und daher ist mit Sicherheit in den nächsten Tagen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu erwarten. (St. feiter gesehen. Red.)

Ähen.

Shanghai, Mitte Mai. (Fig. Ber.) Zu der vielbesprochenen Frage des chinesischen Seegolddienstes bringt die „North China Daily News“ folgende zutreffende Ausführungen: „Bevor die Ausländer einem Dienst, der nur von Chinesen geleitet wird, irgendwelches Vertrauen entgegenbringen können, wird eine völlig unabhängige Veränderung in der gesamten chinesischen Verwaltungsmethode vor sich gehen müssen. Eine solche Veränderung kann aber natürlich nur sehr allmählich eintreten. Bis es nun so weit ist, hoffen wir, daß die Mächte trotz ihrer sonstigen gegenseitigen Eifersucht doch in diesem Punkte gemeinsam handeln werden. Wenn es gilt, einen Angriff auf die gegenwärtige ausgezeichnete Einrichtung des Zoll und Postwesens in China abzuwehren, sollten sie unbedingt zusammenstehen, denn für alle Fremde ohne Unterschied der Nationalität hängt für die glatte Abwicklung ihrer Geschäfte in dem ganzen Meere all zu viel davon ab, daß es vollständig so bleibt, wie es zur Zeit ist. Man braucht darum immerhin noch nicht zu bezweifeln, daß die Chinesen eines Tages im Stande sein werden, den Zoll- und Postdienst in ihrem Lande selbst eben so gut weiterzuführen, wie es jetzt unter ausländischer Leitung geschieht. (St. feiter gesehen. Red.)“

(S auf S. 10.)

Verlag: O. Gellies; verantwortlich für die Inserate: O. Ring; Druck: S. Kipke in Berlin (Kessing'sche Druckerei).